

WendeGeschichten

In den ersten Jahren nach der politischen Wende fanden auch in Thüringen nachhaltige und grundlegende wirtschaftliche Um- und Neustrukturierungen statt. Einer der genau weiß, wie sich die Wirtschaft damals im Freistaat neu organisiert hat ist, Konsul Dr. Jürgen Bohn, von 1991 bis 1994 und damals mit 31 Jahren noch recht junger Wirtschaftsminister (FDP). Auch in den Jahren nach seiner Regierungstätigkeit bleibt Dr. Bohn der Wirtschaft treu. Heute ist Jürgen Bohn Unternehmensberater und Honorarkonsul Ungarns. Gegenüber dem Wirtschaftsspiegel Thüringen berichtet er sehr offen über seine Zeit als Mister, über Fehler, aber auch grundlegende Entscheidungen, welche zwar vor 15 Jahren fielen, aber sich bis heute auswirken:



Damals schon den Mittelstand im Blick

Wirtschaftsspiegel: Herr Dr. Bohn, sie waren von Oktober 1991 bis einschließlich Oktober 1994 Wirtschaftsminister in Thüringen. Sie sprechen heute, mehr als 15 Jahre danach von turbulenten aber auch kreativen Zeiten. Welche Stärken hatte damals Thüringen und welche Branchen wollten sie in Thüringen seinerzeit grundlegend etablieren?

Dr. Bohn: „Die Industrielle Revolution in Deutschland hatte etwas mit Thüringen zu tun. Thüringen und Sachsen waren die wirtschaftlich stärksten Länder. Es gab in Südthüringen beispielsweise die so genannte Kleineisenindustrie. Darauf haben wir unsere gesamte Struktur aufgebaut, allerdings anders, als es manche wollten. Damals gab es die Diskussion über den Erhalt industrieller Kerne, bei denen man gerne alle alten Kombinate eins zu eins übernommen hätte. Ich hatte schon in der DDR das Glück, eigene Ideen unabhängig von der Politik umsetzen zu können, und so setzten wir dann auch später auf die Kreativität des Einzelnen. So habe ich am liebsten Unternehmen gefördert, die ihr eigenes Schicksal in die Hand genommen haben. Vielleicht eine Geschichte dazu: Auch Opel, ursprünglich sollte sich übrigens BMW am Standort Eisenach, seinem ‚Geburtsort‘, ansiedeln, sollte nach beziehungsweise im Zuge der Ansiedlung Förderungen in hohem Maße bekommen.

Von der EU wurde zusätzlich ein so genanntes Beihilfeverfahren eingeleitet. Einen Tag, bevor ich davon in Kenntnis gesetzt wurde, bekam ich den Hinweis, so schnell wie möglich die Fördermittel auszahlend, da dieses Beihilfeverfahren zum Tragen kam. Deshalb entschied ich mich gegen die Auszahlung. Es ging um 80 Millionen D-Mark, die ich daraufhin lieber den kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Verfügung stellte. Damit machte ich mir natürlich wenig Freunde. Aber das war unser Ansinnen: kleine Unternehmen und auch Existenzgründer galt es zu unterstützen. Heute sagt man, wir seien das am meisten mittelständisch geprägte Land, und betrachtet man die derzeitige Krisensituation, sind wir, weil wir die Wirtschaft auf breitere Schultern stellten, relativ gesehen weniger betroffen, als andere Länder.“

Wirtschaftsspiegel: Auf welche Branchen legten Sie damals Ihr Hauptaugenmerk?

Dr. Bohn: „Wichtige Branchen waren, und das sieht man auch an den heutigen Strukturen, die Optik, die wir auch in Jena beließen, mit all seinen Voraussetzungen wie der Universität und den großen Unternehmen. Aber auch viele andere Zweige, wie die Medizintechnik haben auf Grund der universitären Struktur und an-

deren Forschungseinrichtungen in Jena und der Umgebung einen vorteilhaften Sitz. Natürlich dürfen wir alles was mit Automobil zu tun hat nicht vergessen. Werkzeugproduktion ist im Südthüringer Raum stark verwurzelt.“

Wirtschaftsspiegel: Wie war denn der Freistaat damals überhaupt im Deutschland Vergleich wirtschaftlich aufgestellt?

Dr. Bohn: „Wir waren auf Grund unserer Voraussetzungen und auch der Mentalität der Menschen zusammen mit den Sachsen führend. Und wir waren bei vielen Gesprächen bereits in aller Munde. Das sieht man bis heute, betrachtet man sich die Statistiken der wirtschaftlichen Entwicklungen.“

Wirtschaftsspiegel: Wie schätzen Sie denn die damalige Kommunikationsgrundlage ein. Wie war ihr Draht zu den Unternehmern?

Dr. Bohn: „Nun, ich war junger Diplomingenieur, hatte Ahnung und kam aus der Wirtschaft. Außerdem ging ich aktiv auf die Unternehmen zu und suchte das offene Gespräch. Das war damals recht einfach, man konnte vieles unter vier Augen besprechen. Und wir hatten einen Wirtschaftskreis, um sich über bestimmte Angelegenheiten auszutauschen. Wie das heute ist, weiß ich nicht.“

Wirtschaftsspiegel: Wie wurden denn unter Ihrer Führung Fördermittel verteilt? Eher nach dem Gieskannenprinzip oder punktuell und gezielt?

Dr. Bohn: „Wir haben beides gemacht. Es wäre natürlich gelogen, zu sagen, wir wären gar nicht nach dem Prinzip Gieskanne vorgegangen. Das war zu dieser Zeit auch gar nicht anders möglich. Wir hatten zu dem Zeitpunkt relativ viel Geld zur Verfügung und das musste auch schnell eingesetzt werden, in der Hoffnung, das sinnvoll zu tun. Ein entscheidender Punkt waren Infrastrukturmaßnahmen. Damit waren wir in Deutschland Meister.“

Wirtschaftsspiegel: Wurden im Nachhinein betrachtet damals Fehler begangen?

Dr. Bohn: „Sicherlich! dabei ein gravierender, den ich mir bis heute nicht verzeihe. Ich hatte damals das Konzept der Sonderwirtschaftszone im Blick. Das heißt, man hätte gewisse Gesetze und Verordnungen, wie zum Beispiel das Sonntagsverkaufsverbot, außer Kraft setzen können. Der erste Fehler: Ich hätte wissen müssen, dass man niemals den Begriff ‚Zone‘ hätte verwenden dürfen, ‚Gebiet‘ wäre wohl besser gewesen. Dafür hatte ich ein Gewerbegebiet bei Altenburg vorgesehen. Wir hätten den Raum des Altenburger Flughafens nutzen können mit all der vorhan-

denen Infrastruktur. Ich hatte es sogar schon mit der EU-Kommission besprochen und einem Versuch für zehn Jahre wurde zugestimmt. Dann kam der größte Fehler: Wir hatten nach der Gebietsreform einen Parteitag, der nur einen Auftrag hatte: Wir mussten die Kreisgebietsstruktur an die neue Parteistruktur angleichen. Wir dachten aber, der Parteitag müsse mit inhaltlichen Themen aufgewertet werden. So stellte ich das Konzept der Sonderwirtschaftszone vor. Die anwesenden Journalisten waren darauf nicht vorbereitet. Viele schrieben darüber, das die Altenburger künftig auch Sonntags arbeiten müssten, woraufhin der damalige SPD-Landesvorsitzende Gerd Schuchardt gleich mit Generalstreikdrohte. Kurzum, das Projekt wurde gekippt. Sieht man die heutige Entwicklung des Altenburger Flughafens und der Region, hätte es vielleicht etwas gebracht, dieses Projekt umzusetzen. Heute haben wir beispielsweise die ganz großen Einkaufszentren in der Leipziger Region.“

Wirtschaftsspiegel: Was hat sich Ihrer Meinung nach in der heutigen Zeit im Parlament im Vergleich zu Ihrer Legislatur verändert?

Dr. Bohn: „Ich möchte die Arbeit der heutigen Regierung nicht werten. Das müssen

andere tun. Eines hat sich allerdings geändert. Damals wurde sich noch gefetzt zu einer Sache. Wir waren noch ‚Live‘, und es hat die Leute auch noch interessiert. Niemand hatte wirklich vorbereitete Reden. Es wurde debattiert und vor allem reagiert, auch auf den Vorredner. Heute ist das leider nicht mehr so.“ ■

DAS GESPRÄCH FÜHRTE CHEFREDAKTUER DANIEL BORMKE

! www.drbohn.de



Carsta-Maria Fleischmann,
Geschäftsführerin
jobs in time Thüringen
GmbH, NL Erfurt



„Ich gratuliere herzlich und freue mich, dass sich der Wirtschaftsspiegel seit 5 Jahren so erfolgreich am Markt etabliert hat. Da steckt Kompetenz mit Herz, klare Struktur, gute Themenauswahl und ein sympathisches Layout dahinter und das macht dieses Journal für mich interessant. Ich schätze die Übersichtlichkeit und den hohen Informationsgehalt der einzelnen Beiträge. Deshalb lese ich den Wirtschaftsspiegel gern und werde ihn weiter für unser Marketing nutzen.“

20 Jahre Neue Bundesländer – wer hat die Nase vorn?

20 Jahre nach dem Mauerfall liegt das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den neuen Bundesländern immer noch 30 Prozent unter Westniveau. Die fünf ostdeutschen Bundesländer liegen immer noch gemessen an ihrer Wirtschaftskraft am Ende der Tabelle aller deutschen Bundesländer – Platz 12 Sachsen, 13 Sachsen-Anhalt, 14 Thüringen, 15 Brandenburg, und Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern; so eine aktuelle Studie der Volkswirte der Commerzbank.

Auch wenn die neuen Länder hinten liegen, liefert die Untersuchung überraschende Ergebnisse: „Zwar erwirtschaftet beispielsweise Sachsen unter den neuen Ländern das höchste Pro-Kopf-Einkommen; bei den Wachstumsraten bewegte es sich aber – mit Schwankungen – eher im Rahmen des Durchschnitts“, erklärt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Dagegen sei die Wirtschaft in Thüringen seit der Wiedervereinigung immer überdurchschnittlich gewachsen, so Krä-

mer weiter. Star der letzten Jahre war jedoch Sachsen-Anhalt: Seit 2001 konnte das Land seinen Rückstand gegenüber den westdeutschen Ländern immerhin um mehr als acht Prozentpunkte verringern. Das andere Extrem ist Brandenburg, das 2000 noch an der Spitze der neuen Bundesländer lag und inzwischen auf den vorletzten Platz gefallen ist. Auch vor dem Mauerfall lagen die industriellen Schwerpunkte in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die Regionen verfügen über entsprechend gut ausgebildete Fachkräfte,

Die Wirtschaft in Thüringen ist seit der Wiedervereinigung immer überdurchschnittlich gewachsen.

„
“
Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank

die für Neuansiedlungen äußerst interessant waren. Hohe Bevölkerungsdichte fördert die Wirtschaft in einer Region, größere Städte sind Kristallisationspunkte für

Wirtschaftsansiedlungen. Beide Voraussetzungen sind in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eher erfüllt als in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die wichtigsten Märkte für die ostdeutschen Bundesländer liegen derzeit noch eher im Westen. Auch dies begünstigt die drei derzeit etwas besser gestellten Ostländer. Die fünf ostdeutschen Flächenländer werden in absehbarer Zeit wohl kaum den Durchschnitt der westdeutschen Länder erreichen, prognostiziert Krämer: „Zieht man als realistischen Maßstab für den Stand des Aufholprozesses Länder wie Niedersachsen und Rheinland-Pfalz heran, die von der Struktur her eher vergleichbar sind, weisen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aktuell zwischen 81 und 85 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens dieser ‚Peergroup‘ auf.“ (bo) ■



QUELLE: COMMERZBANK STUDIE NOVEMBER 2009